

Sie haben gesehen, wie in diesem Rat die Emotionen hochgeschlagen sind – schon nur in diesem Rat, der aus Gutwilligen zusammengesetzt ist – bei der Frage, wie das Spannungsverhältnis zwischen Sprachenfreiheit und Territorialitätsprinzip verfasst werden könnte. Das war der Beweis, falls wir noch einen brauchten, dass wir die Übung abbrechen müssen. Frau Bundesrätin Dreifuss hat sehr überzeugend dargelegt, dass auch der Antrag Petitpierre/Cavadini Jean/Cavelty/Gadient zu den genau gleichen Schwierigkeiten führen würde und dass diese Spannung hinter der scheinbar einfachen Formulierung sofort ihr Haupt wieder erheben würde.

Ich bin also der Meinung, obwohl ich meinen Rückweisungsantrag zurückziehe, dass wir auf den Weg, den ich gehen wollte, weitergehen müssen. Ich habe deshalb den Text dieses Rückweisungsantrages in Motionsform gekleidet. Ich kann Ihnen sagen, dass bereits die deutliche Mehrheit dieses Rates die Motion unterschrieben hat.

Ich sehe ein, dass in Punkt 2 dieser Motion eine gewisse Spannung zum jetzigen Artikel 116 der Bundesverfassung bestehen wird. Aber ich bin überzeugt, dass uns der Bundesrat dieses Problem in seiner Antwort auf die Motion klar darlegen wird. Wenn es dazu kommen müsste, dass wirklich eine Verfassungsänderung notwendig wäre, dann wäre es nur eine gemäss dem bereits beschlossenen Absatz 5 von Artikel 116, nämlich dass im Verkehr mit den Rätoromanen auch das Rätoromanische Amtssprache wäre. Das sehe ich in einer Volksabstimmung nicht als Problem an. Aber alle anderen Diskussionen sollten wir nicht führen. Ich ziehe also meinen Rückweisungsantrag zurück und werde noch heute die Motion unterbreiten.

Ein letztes Wort an Herrn Cavelty: Wenn man nur die väterliche Linie verfolgt, bin ich in der Tat ein Walser, aber ich stamme auch von einer Mutter ab: Meine Urgrossmutter war eine Zappa, die Urgrossmutter eine Tönduri, die Grossmutter eine Pernisch, und erst auf Mutterebene kam man langsam ins Walserland und herunter aus dem Engadin. Ich stamme matrilinear gesehen aus S-chanf im Engadin und bin so betrachtet ein klarer «Romantsche».

**Cavadini Jean (L, NE):** J'aimerais dire deux choses. Première-ment, nous remercions M. Plattner d'avoir retiré sa proposition de renvoi. Mais il s'apprête à déposer une motion, apparemment revêtue des signatures d'une majorité des membres de notre Conseil, qui, pour être réalisée, aura besoin d'une base constitutionnelle que nous pouvons avoir aujourd'hui. Au surplus, il formule une proposition qui aura dix ans l'année prochaine, il s'agit de la motion Bundi qui est du 21 juin 1985.

Deuxièmement, nous avons tout de même un peu de peine à suivre le Conseil fédéral lorsqu'il nous dit dans la même foulée qu'il n'est pas nécessaire d'avoir une base constitutionnelle pour soutenir la pratique du romanche, mais que, pour promouvoir ce dernier, il serait alors nécessaire d'avoir une base constitutionnelle. Nous vous la proposons aujourd'hui.

Pour éviter que l'ensemble de la disposition finisse dans le désastre des oubliettes, nous vous proposons de conserver ce qui a trait au seul romanche et à la défense des minorités linguistiques, car je dis – ce sera mon dernier propos – à M<sup>me</sup> la conseillère fédérale que nous avons bien précisé que c'est «à la demande des cantons concernés» que la Confédération pourrait intervenir. Il y a donc là tout le ménagement voulu des sensibilités et des différences cantonales. Voilà pourquoi nous croyons que cette proposition peut être retenue.

**Jagmetti Riccardo (R, ZH),** Berichterstatter: Nachdem alle Redner erklärt haben, welche Vorteile ihr Vorschlag habe, möchte ich feststellen, dass die geäusserten Anliegen im Antrag der Kommission enthalten sind. Gegen die Anliegen, die im Antrag der Kommission enthalten sind, ist heute kein Wort abgegeben worden.

**Präsident:** Herr Plattner hat seinen Rückweisungsantrag zurückgezogen.

Das Konzept Iten Andreas stellen wir dem Konzept Petitpierre/Cavadini Jean/Cavelty/Gadient gegenüber; das ob-

siegende Konzept stellen wir gegen den Antrag der Kommission. – Sie sind damit einverstanden.

#### Abstimmung – Vote

##### Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag Petitpierre/ Cavadini Jean/Cavelty/Gadient	17 Stimmen
Für den Antrag Iten Andreas	14 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement

Für den Antrag Petitpierre/ Cavadini Jean/Cavelty/Gadient	23 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	9 Stimmen

#### An den Nationalrat – Au Conseil national

### 91.312

#### **Standesinitiative Bern Bundesunterstützung für die Erhaltung und Förderung der Zweisprachigkeit Initiative du canton de Berne Soutien de la Confédération au bilinguisme**

##### Wortlaut der Initiative vom 16. November 1991

Gestützt auf Artikel 93 der Bundesverfassung fordert der Grosse Rat des Kantons Bern die Bundesbehörden auf, den mehrsprachigen Kantonen für die besonderen Leistungen zur Erhaltung und Förderung ihrer Mehrsprachigkeit eine Unterstützung des Bundes zu gewähren.

##### Texte de l'initiative du 16 novembre 1991

Le Grand Conseil du canton de Berne, s'appuyant sur l'article 93 de la Constitution fédérale, demande aux autorités fédérales que soit instauré un soutien de la Confédération au titre des efforts particuliers que consentent les cantons multilingues pour le maintien de la promotion de leur plurilinguisme.

### 92.305

#### **Standesinitiative Freiburg Zweisprachige Kantone. Förderung Initiative du canton de Fribourg Subventions en faveur des cantons bilingues**

##### Wortlaut der Initiative vom 2. September 1992

Der Bund wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die es erlauben, den zweisprachigen Kantonen Beiträge zur Kompensation der zusätzlichen Ausgaben zu gewähren, die ihnen aus der Zweisprachigkeit erwachsen.

##### Texte de l'initiative du 2 septembre 1992

La Confédération est invitée à créer les bases légales permettant l'octroi de subventions en faveur des cantons bilingues destinées à compenser les engagements financiers supplémentaires que doivent supporter les cantons bilingues.

92.306

**Standesinitiative Wallis  
Zweisprachige Kantone.  
Förderung**  
**Initiative du canton du Valais  
Subventions  
en faveur des cantons bilingues**

*Wortlaut der Initiative vom 17. September 1992*

Der Bund soll im Interesse des Erhalts und der Förderung der Zwei- und Dreisprachigkeit in der Schweiz den Mehraufwand, den die davon betroffenen Kantone namentlich in der Verwaltung und im Schulwesen zu leisten haben, abgeltet.

*Texte de l'initiative du 17 septembre 1992*

Dans le but de maintenir et de promouvoir le bilinguisme et le trilinguisme en Suisse, la Confédération devrait indemniser les cantons concernés des frais supplémentaires engendrés par le plurilinguisme, notamment dans les domaines de l'administration et de l'instruction publique.

**Jagmetti** Riccardo (R, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission 91.019 den folgenden schriftlichen Bericht:

Ziel aller drei Standesinitiativen aus den zweisprachigen Kantonen ist es, vom Bund eine Unterstützung an die ihnen aus der Zweisprachigkeit erwachsenden Mehrausgaben zu erlangen. Sie berufen sich auf ihre besonderen Leistungen zur Erhaltung und Förderung der Mehrsprachigkeit – namentlich in Schulen und in der Verwaltung.

Aus den Begründungen:

In der Begründung zur Standesinitiative Bern wird ausgeführt, ein mehrsprachiger Kanton erbringe nicht zu unterschätzende staatspolitische und kulturelle Leistungen zugunsten der ganzen Eidgenossenschaft. Eine Abgeltung dieser gemeinpolitischen Leistungen durch den Bund wäre deshalb gerechtfertigt.

Die Standesinitiative Freiburg macht geltend, dass sich einsprachige Kantone kaum Rechenschaft geben über die aussergewöhnlichen Aufgaben, minderheitspolitischen Pflichten und Lasten, welche ein zweisprachiger Kanton zu tragen habe. Die Zweisprachigkeit stelle einen mit Hypotheken und Dienstbarkeiten belasteten Reichtum dar.

Die Begründung aus dem Kanton Wallis bezieht sich auf die finanzielle Unterstützung, welche die Kantone Graubünden und Tessin seit Jahren erhalten. Zum Bild der vielsprachigen Schweiz gehörten aber auch die zweisprachigen Kantone Bern, Freiburg und Wallis. Deshalb sei es gerechtfertigt, auch ihnen eine Bundeshilfe zukommen zu lassen.

Die Berner und die Freiburger Regierung standen den Vorstössen zurückhaltend bis ablehnend gegenüber, während die Walliser Regierung den Vorstoss begrüsst, jedoch vor allem eine Unterstützung für den Bereich der Verständigung und des Austausches wünschte.

*Erwägungen der Kommission*

Die mit der Vorberatung der Revision des Sprachenartikels (91.019) beauftragte Kommission des Ständerates befasste sich erstmals am 25. Januar 1993 mit diesen Eingaben.

Sie stellte fest, dass alle drei Vorstösse aufeinander abgestimmt sind und in Kenntnis der Botschaft des Bundesrates zur Revision des Sprachenartikels eingereicht worden sind.

Die Kommission setzte damals ihren Entscheid aus, um den Beschluss des Nationalrates zum neuen Verfassungsartikel abzuwarten, und kam nun im Rahmen der Differenzenbereinigung darauf zurück.

Verfassungsrechtliche Bedenken, die Subventionierung auf den neuen Verfassungsartikel abzustützen, werden nicht erhoben:

Die Kommission geht davon aus, dass die im Entwurf enthaltenen Elemente der Erhaltung und Förderung der Landessprachen in ihren Verbreitungsgebieten und der Förderung der Verständigung und des Austausches (Abs. 3 und 4 des Entwurfes) den Abgeltungsanspruch der zweisprachigen Kantone abdecken könnten.

Sie stellt aber fest, dass die Zweisprachigkeit zu den konstitutiven Elementen dieser Kantone gehört. Die kantonale Autonomie und die Schulhoheit sind Bereiche, in denen der Bund Zurückhaltung zu üben hat. Soll der Bund nun Kosten mittragen, die diesen Kantonen aus der Zweisprachigkeit erwachsen, und z. B. Lehrmittel mitfinanzieren? Es wird daran erinnert, dass mit dem Bundesgesetz über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache (SR 441.3) nicht die Zwei- oder Dreisprachigkeit, sondern die gefährdeten Sprachminderheiten unterstützt und die Kosten der Lehrmittel für einen kleinen Teil der gesamtschweizerischen Bevölkerung mitgetragen werden.

Für die deutsche und die französische Sprache stellt sich die Lage anders dar, ist doch hier eine interkantonale Zusammenarbeit möglich. Eine finanzielle Beteiligung des Bundes könnte jedoch in Betracht gezogen werden, wenn ein Kanton im Bereiche der Förderung der Verständigung und des Austausches besondere Anstrengungen unternimmt. In der Debatte wurde ferner festgehalten, dass die unterstützende Funktion des Bundes nicht nur auf finanzielle Hilfe ausgerichtet ist, sondern auch Massnahmenkompetenzen beinhaltet, also viel grundsätzlicher ausgerichtet ist.

Die Regelung und Ausgestaltung dieses Aspektes wird jedoch Aufgabe der Gesetzgebung sein. Im Rahmen der Vernehmlassung werden die Kantone ihre Forderungen und Wünsche einbringen können.

Die Kommission betont, dass die Mehrsprachigkeit eines Kantons nicht in erster Linie eine Belastung, sondern eine Bereicherung von nicht zu unterschätzendem Wert darstellt.

**Jagmetti** Riccardo (R, ZH) présente au nom de la commission 91.019 le rapport écrit suivant:

Ces trois initiatives émanant de cantons bilingues visent à obtenir de la Confédération le subventionnement des dépenses supplémentaires dues au bilinguisme. Elles se réfèrent aux efforts consentis par les cantons multilingues pour le maintien et la promotion de leur plurilinguisme, dans les écoles et l'administration notamment.

Exposés des motifs. Arguments:

Selon l'exposé des motifs de l'initiative déposée par le canton de Berne, un canton multilingue fournit des prestations politiques et culturelles importantes dont bénéficie l'ensemble de la Confédération. En conséquence, une indemnisation par la Confédération de ces prestations servant l'intérêt politique général se justifierait pleinement.

L'initiative du canton de Fribourg fait valoir que les cantons unilingues ne sont guère conscients des tâches extraordinaires qu'impose à un canton bilingue la présence d'une minorité linguistique. Le bilinguisme constitue certes une richesse inestimable mais qui se voit grevée d'hypothèques et de servitudes.

L'initiative du canton du Valais se réfère quant à elle au soutien financier octroyé depuis des années par la Confédération aux cantons des Grisons et du Tessin. Les cantons bilingues tels que Berne, Fribourg et le Valais font partie eux aussi d'une Suisse multilingue, ce qui devrait leur donner droit à l'allocation d'une subvention fédérale.

Si les exécutifs bernois et fribourgeois ont émis des réserves face à ces interventions, proposant même leur rejet, le gouvernement valaisan, qui désire avant tout une aide fédérale pour la promotion du dialogue et des échanges entre les communautés linguistiques, a accueilli favorablement l'initiative.

*Considérations de la commission*

La commission du Conseil des Etats chargée de l'examen préalable de la révision de l'article sur les langues (91.019) s'est penchée une première fois sur ces requêtes le 25 janvier 1993.

Elle a constaté que ces trois interventions, de teneur identique, avaient été déposées après lecture du message du Conseil fédéral concernant la révision de l'article sur les langues.

Lors de cette séance, la commission, qui désirait tout d'abord connaître la décision du Conseil national relative au nouvel article constitutionnel sur les langues avant de se prononcer, a reporté l'examen de cet objet. Elle a ensuite rouvert le dossier dans le cadre de l'élimination des divergences.

Du point de vue du droit constitutionnel, rien n'empêche de fonder un subventionnement des cantons sur le nouvel article de la Constitution fédérale. En effet, la commission admet que les dispositions du projet relatives à la sauvegarde et à la promotion des langues nationales dans leurs territoires de diffusion (alinéas 3 et 4 du projet) pourraient satisfaire les prétentions des cantons bilingues en matière de subventionnement par la Confédération.

Elle estime au demeurant que le bilinguisme représente l'un des éléments constitutifs de ces cantons et que la Confédération est tenue de respecter l'autonomie cantonale, notamment en matière d'instruction. Dès lors, la Confédération doit-elle participer aux frais occasionnés par le bilinguisme et subventionner par exemple l'élaboration de matériel didactique? La commission rappelle en l'occurrence que la loi fédérale sur les subventions aux cantons des Grisons et du Tessin pour la sauvegarde de leur culture et de leurs langues (RS 441.3) ne vise pas une promotion du bilinguisme ou du trilinguisme mais un soutien aux minorités linguistiques menacées. Elle prévoit également une participation au financement de matériel didactique pour une partie réduite de la population suisse.

S'agissant de l'allemand et du français, la situation se présente différemment en raison de la possibilité d'une collaboration intercantonale. Une participation financière de la Confédération pourrait cependant être envisagée au cas où un canton entreprendrait des efforts particuliers dans le domaine de la promotion du dialogue et des échanges culturels. Il a été par ailleurs mentionné, au cours des débats de la commission, que la fonction de soutien exercée par la Confédération va bien au-delà d'une aide financière et qu'elle implique aussi le droit de prendre certaines mesures.

Il incombera en dernier lieu à la législation d'aménager et de régler ce dernier point. Les cantons pourront exprimer leurs désirs et leurs exigences en la matière dans le cadre de la procédure de consultation.

La commission souligne que le multilinguisme d'un canton ne constitue pas avant tout une charge mais une richesse dont il convient d'apprécier la valeur.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen, den drei Standesinitiativen keine Folge zu geben.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose, par 7 voix sans opposition et avec 4 abstentions, de ne pas donner suite aux trois initiatives.

#### *Angenommen – Adopté*

#### *An den Nationalrat – Au Conseil national*

*Schluss der Sitzung um 12.10 Uhr*

*La séance est levée à 12 h 10*

## **Standesinitiative Bern Bundesunterstützung für die Erhaltung und Förderung der Zweisprachigkeit**

### **Initiative du canton de Berne Soutien de la Confédération au bilinguisme**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.312
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.06.1994 - 08:20
Date	
Data	
Seite	709-711
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 354

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.